



Ein anderes Berlin ist nötig.

Kürzen, kürzen und nochmal kürzen. Das ist die Devise des rot-roten Senats. Im Visier ist die große Mehrheit der Berliner Bevölkerung. In *Alle Gemeinsam* formulieren die Betroffenen Alternativen für Berlin, aber auch darüber hinaus.

Die Geschichte vom Klaus, der aus- zog ein Gesetz neu zu schreiben...

Das ist der Klaus. Der Klaus ist Senator für Bildung, Jugend und Sport in der Hauptstadt.



Und der Klaus hat große Pläne: „Nach meiner Auffassung ist Bildung die entscheidende Zukunftsfrage. Nach meiner Auffassung ist Bildung die soziale Frage des 21. Jahrhunderts.“ Das hat er im Januar gesagt und zusammen mit seinen Kollegen und Kollegen für Berlin verabschiedet.

Der Klaus sagt: „Bildungszeit ist Lebenszeit, die nicht vergeudet werden darf“ – und verkürzt die Schulzeit an Gymnasien auf zwölf Jahre. An beruflichen Gymnasien und Sportschulen gibt's das Abitur weiterhin erst nach 13 Jahren, an Gesamtschulen kann es beides geben.

Für die Schüler heißt das, dass sie jetzt mal beweisen müssen, was sie können. Abitur erster oder zweiter Klasse? Da muss man sich natürlich ein bisschen mehr anstrengen, ein bisschen mehr Druck aushalten, denn der Unterrichtsstoff ist ja nicht weniger geworden, nur die Zeit kürzer. Damit tut der Klaus auch der Wirtschaft einen Gefallen,

wer nämlich schneller ausgebildet ist, kann eher anfangen zu arbeiten. Das nennt man „neoliberal“.

Der Klaus sagt: „Die Ergebnisse von PISA haben gezeigt, dass in Deutschland die soziale Herkunft über den Bildungserfolg entscheidet und

nicht die Fähigkeiten eines Kindes. Das ist für uns nicht hinnehmbar, das wollen wir ändern“ – und schafft die Lehramt-freiheit ab. Jetzt müssen Eltern bis zu 100 Euro im Schuljahr für Lehrmittel, also Bücher, Arbeitshefte oder Atlanten ausgeben. Wenn man nicht viel Geld hat, ist das ganz schön teuer. Das nennt man „assoziell“.

Der Klaus sagt: „Wir brauchen das Engagement von Eltern und Schülern. Und deshalb stärken wir es mit diesem Gesetz“ – und nimmt eine schulfremde Person mit Stimmrecht in die Schulkonferenz auf. Das bedeutet, dass nicht mehr Lehrer, Eltern und Schüler zu gleichen Anteilen in der Schulkonferenz vertreten sind. Damit ist die Dreiteilparität aufgehoben, wofür lange erbittert gegen wurde und so ist die Schule noch undemokratischer organi-

siert. Außerdem kann diese neue Person leicht auch ein Vertreter der Wirtschaft sein. Zum Beispiel jemand von einem Sponsorunternehmen. Damit hat die Wirtschaft direkten Zugriff auf die Schule und die Schüler.

Der Klaus sagt: „Wir werden weiter die Kita als Bildungsrichtung stärken.“ Dafür gibt es jetzt ein Kita-Bildungsprogramm. Das ist zwar gut, aber der Senat will den Kitas zugleich die Mittel kürzen, langfristig nämlich 102 Millionen Euro – das sind sechs Nullen nach der Zwei.

Der Klaus sagt: „Es ist ein gutes Gesetz, ich bitte Sie um Ihre Zustimmung.“ Aber da hat er sich verrechnet. Da gibt's nämlich jede Menge Schüler, Lehrer, Eltern und Kita-Betreuer, denen seine Pläne gehörig gegen den Strich gehen und die sich das nicht bieten lassen.

Die wehren sich dagegen, dass es unsozial, undemokratisch und neoliberal zugeht. Da sind sie nicht alleine. Der Senat und die Bundesregierung kürzen nämlich gerade überall und laden soziale Risiken jedem Einzelnen auf den Rücken. Und weil das nicht sein darf, geben sie alle gemeinsam am 3. April auf die Straße...

**Anne Kempe
Jungdemokrätinnen/
Junge Linke**

Privatisierung – eine Ideologie zerstört das Gemeinwesen

von Gerlinde Schermer

Den Berlinern geht es schlecht. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 17 Prozent. Nur noch jeder dritte Berliner kann von eigener Erwerbstätigkeit leben.

Seit 1991 ist die Zahl der Arbeitslosen um 140 000 gestiegen – bei sinkenden Bevölkerungszahlen. Das Bruttosozialprodukt sinkt seit 1996, die Berliner Wirtschaft ist seitdem um 6,3 Prozent geschrumpft. Das Verfassungsgericht beschneidet Berlin nicht nur eine schwere Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Es musste für die Berliner Politik den Begriff „der extremen Haushaltsnotlage“ erfinden, um für 2004/05 einen verfassungsgemäßen Haushalt zu ermöglichen.

Gegen diese seit 1996 unablässig steigende Not verordnen Politiker Medizin, die nachweislich immer krän-

ker macht: Sparen und Privatisieren. Sparen müssen die Armen, und die Reichen verdienen an deren Not noch durch billigen Erwerb öffentlichen Eigentums, z.B. durch den Verkauf von 70 000 Wohnungen der GSW an SpekulantInnen. Und den Bürgern wird vorgelogen, Privatisieren bedeute, dass man an ihnen nicht noch mehr sparen müsse.

Doch der Verkauf der Bewag kostete 5000 Arbeitsplätze. Durch den Verkauf der Berliner Wasserbetriebe verloren 10000 Menschen ihre Arbeit. Die Gebühren wurden um 15 Prozent erhöht.

Die Stadt verliert Milliarden Euro durch Einnahmeverluste. Gerechtfertigt wird dieser Verfall an den Bürgern mit der Korruption in staatlich kontrollierten Betrieben.

Aber es war nur eine Handvoll korrumpierter Politiker, die unfähigen Bankern ermöglichten, durch Selbstüberschät-

zung und Dummheit getrieben, die Bankgesellschaft Berlin in maßlosem Größenwahn zu Grunde zu richten.

Nicht die Ineffizienz einiger öffentlicher Betriebe und Verwaltungen macht Berlin kaputt. Gerade das Schicksal der Bankgesellschaft mit 14 Mrd. Euro uneinbringlichen Krediten und 569 Mio. Euro Verlusten in 2002 beweist, dass gewissenlose Kapitalisten mit ihren von Gier zerfressenen Gehirnen die großen Pleiten produzieren.

Aber auch sie sind nicht der Grund, sondern nur Ausdruck eines kranken Wirtschaftssystems, das immer korrupte und unfähige Politiker hervorbringt und vor allem herzlose Handlanger des Kapitals, die ihre Profits wegen zu allem bereit sind.

**Die Autorin ist
Sprecherin des
SPD-Donnerstagskreis**